

Gemeinsam gegen Nazi-Heldengedenken 2018

Im letzten Jahr hat ein breites Bündnis von Initiativen, Parteien, Kirchen, Bürgerinnen und Bürgern den europaweit beworbenen Marsch alter und neuer Nazis zu Ehren von Rudolf Heß im August erfolgreich verhindert – sie kamen nur 150 Meter von der Stelle und hatten an allen Seiten Gegendemonstranten vor sich.

Doch erneut rufen Nazis für den 18. August zu einem Marsch durch Spandau auf, um hier einen Wallfahrtsort zu etablieren.

Zur Erinnerung: Heß wurde 1946 wegen **Planung eines Angriffskrieges und Verschwörung gegen den Weltfrieden** vom Internationalen Gerichtshof zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Juli 1947 wurde er ins Spandauer Kriegsverbrechergefängnis in der Wilhelmstraße überstellt.

Dieses Gefängnis wurde von den alliierten Mächten, der UdSSR, den USA, Großbritannien und Frankreich gemeinsam geführt. Bis in seine letzten Tage blieb Heß bei seiner braunen Gesinnung und stand damit hinter den Verbrechen des Naziregimes.

Nach seinem Suizid im August 1987 – er war der letzte Insasse – wurde das Kriegsverbrechergefängnis unverzüglich abgerissen. Das Gelände wurde mit einem Einkaufszentrum bebaut. Es war beschlossen, den Nazis keinen Wallfahrtsort zu hinterlassen. Das hinderte sie indes nicht, in unregelmäßigen Abständen neben den Aufmärschen im bayrischen Wunsiedel, wo er begraben wurde, auch in Spandau Kränze niederzulegen.

In Wunsiedel ist es durch jahrelange aktive Gegenwehr antifaschistischer Gruppen und engagierter Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Zivilgesellschaft gelungen, den Kult um den Kriegsverbrecher Heß einzudämmen. Dort setzte sich sogar der CSU-Bürgermeister Karl-Willi Beck mit anderen Stadtratsmitgliedern auf die Straße, um den Neonaziaufzug zu blockieren. Danach wurden auch in Spandau die Aktionen von Neonazis um R. Heß weniger.

Seit 2017 hat sich das verändert – alte und neue Nazis wittern in Spandau ihre Chance, sich mindestens in Erinnerung zu bringen. Den Ruf nach einem durchaus berechtigten Verbot dieser Darstellung von revisionistischer Naziverehrung wurde 2017 von Innensenator Geisel mit der Argumentation abgelehnt, dass in der Demokratie leider auch „Arschlöcher“ zu schützen seien. Ob das 2018 anders wird, darf bezweifelt werden. So liegt es in der Hand der Unterzeichnenden, klare Gegenwehr zu zeigen.

Wir lehnen jede Art von Heldengedenken für alte und neue Nazis ab.

Wir wollen die rassistische Stimmungsmache nicht mehr hinnehmen, die in den letzten Jahren gezielt betrieben wurde, um Zukunftsängste zu schüren und eine Drohkulisse gegen Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete aufzubauen, und damit den Nährboden für das Erstarken einer „Alternative für Deutschland“ ermöglichte. In diesem Klima fühlen sich die Verfechter deutsch-nationaler Denkweisen und Geschichtsfälscher wieder sehr wohl. Die mittlerweile mehr als tausend Übergriffe und Brandanschläge auf Geflüchtete und deren Unterkünfte in den letzten Jahren sowie die rassistischen Morde des „NSU“ zeigen, dass es sich um eine reale Gefahr für viele Menschen und damit unser solidarisches Miteinander handelt.

Gemeinsam stellen wir uns Rassismus, Menschenfeindlichkeit und den Neonazis in den Weg!

Für eine Gesellschaft, die von Respekt, Toleranz und Humanismus bestimmt ist!

Spandau ist kein Ort für Nazis!

Erstunterzeichner und folgende:

Spandauer Bündnis gegen Rechts, Spandauer Regionalgruppe VVN/BdA, Berliner VVN-BdA, IG BAU, Bündnis - Aufstehen gegen Rassismus, Stadtteilzentrum Spandau – Sozial-kulturelle Netzwerke Casa e.V., DIE LINKE. Spandau, Bündnis 90/Die Grünen Berlin – Kreisverband Spandau, AgR Offenburg, GRÜNE

JUGEND Berlin, SPD Spandau, Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg, Spandauer Mahnwache für Toleranz und ein friedliches Miteinander, Die katholischen Pfarrgemeinden in Spandau,